

Dr. Rainer Holze/Berlin: Der Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion vor 75 Jahren. Bericht über das Kolloquium am 15. Juni 2016 in Berlin

Am 22. Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland vertragsbrüchig die Sowjetunion, ein historisches Datum mit weitreichenden Folgen. Dies war für den Berliner Verein der Völker Russlands und für die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung ein unerlässlicher Anlass, in Kooperation mit der zentralen Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur eine wissenschaftliche Konferenz durchzuführen, der einzigen ihrer Art.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen von erfahrenen Historikern standen Sachverhalte, Wertungen und Kontroversen zur Vorgeschichte und zum Ausbruch des deutschen Überfalles auf die UdSSR. Die Vortragenden hielten es für dringend geboten, auf den von allen ernsthaften Kollegen erbrachten unwiderlegbaren Nachweis hinzuweisen, dass es dem faschistischen Deutschland bei dem vor 75 Jahren entfesselten Krieg um die Gewinnung von „Lebensraum“, um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und die Gier nach Weltmachtstellung ging. In der Sowjetunion sollte die „jüdisch-bolschewistische Führungsschicht“, sollten die Juden und ein großer Teil der slawischen Bevölkerung radikal dezimiert werden.

Manfred Weißbecker (Jena) eröffnete den Reigen der Vortragenden. Er analysierte die bislang wenig untersuchte gewichtige Rolle der ideologischen und geistig-mental Faktoren - vor allem der Russophobie - bei der Vorbereitung des Angriffskrieges. Die Russophobie sei bis heute in der deutschen Gesellschaft spürbar. Weißbecker zeigte unmissverständlich: Ohne eine Analyse der ideologischen Faktoren lassen sich wesentliche Abläufe auf den damaligen Krieg kaum erklären, können auch in der Gegenwart keine wirklichen Antworten auf die derzeit brennenden Fragen neuer Kriege gegeben, ebenfalls keine erfolgsversprechenden Orientierungen für ohnehin mühsame Versuche, bereits in Gang gesetzte militärische Abenteuer zu beenden oder zu verhindern. Um Kriege vorzubereiten und führen zu können, seien die Herrschenden gezwungen, die Menschen „mitzunehmen“. Deshalb werde zur Schaffung einer dumpfen „Massenloyalität“ ein sehr großer geistig-politischer Aufwand betrieben (Konstruktion von Feindbildern, die die „Guten“ den „Bösen“ gegenüberstellen, Diskreditierung oder sogar Dämonisierung von Menschen andere Art und Lebensweise, Anführen von sogenannten anthropologischen Gesetzmäßigkeiten). In diesem Kontext entäußere sich auch die Russophobie als eine Erscheinungsform allgemeiner Fremdenfeindlichkeit, die von ablehnender, ausgrenzender oder feindlicher Haltung gegenüber Personen und Gruppen, die als andersartig gesehen, geprägt sei. Die russophobe Grundstimmung unterstellte den Russen - prinzipiell allen Slawen - einen naturgegebenen, unveränderten Charakter. Alles Russische entstamme vor allem byzantinischer Orthodoxie und tatarischen Despotismus, verkörpere babarisches Asiatentum, führe zu einer generellen Bereitschaft von tyrannischen Herrschaftsformen, die gegen Europa, zu dem Rußland nicht gehören würde, gerichtet sei. Rassisch-biologische Argumentationsmuster und sozialpsychologisch-nationalistische Erklärungen überlagerten sich oft auch mit religiösen, vor allem christlichen Motiven und treten im antikommunistischen bzw. im sogenannten antitotalitären Gewande auf. Zur Geschichte des Russlandbildes gehörten auch Schlagworte (zum Beispiel das Bild vom russischen Bären, indem sich einerseits Anerkennung von kraftvoller Stärke mit dem nahezu liebevollen Hinweis auf „Mütterchen Russland“ und die „russische Seele“ zeigt, das aber andererseits für beliebige Bedrohungsszenarien, für das Erwecken von Angst und Furcht vor zähnefletschenden Untermenschen, für herablassende Redewendungen wie „barbarisches Russland“ und „Koloss auf tönernen Füßen“ benutzt wurde). Russophobie basiere letztlich auf dem Konzept der „Ostexpansion“ der deutschen Großkonzerne, deren Größenwahn bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts habe selbst vom

faschistischen Deutschland kaum noch übertroffen werden können. Ohne das russophobe Denken früherer völkischer und konservativer Politiker sei Hitlers Russlandpolitik, die Vorbereitung des Eroberungs- und Vernichtungskrieges Hitler-deutschlands undenkbar gewesen. Wie alle Phobien sei auch die Russophobie generell Hand in Hand mit politischen Aktionen gegangen. Beispielsweise habe der Chefideologe der NSDAP Alfred Rosenberg bezüglich Russlands von einem Apfel, der verspeist werden könne, wenn man ihn nur in einzelne Teile zerlege, gesprochen. So absonderlich und abstrus der antibolschewistische Propagandafeldzug auch gewesen sein mag, sei doch sein Inhalt in die Köpfe der meisten Deutschen eingedrungen. Auch im Kriege habe die Russophobie den faschistischen Machthabern als Rechtfertigung ihrer „Beute-Pläne“ gedient.

Martin Seckendorf (Berlin) befasste sich dann mit der Genesis der militärischen Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion, der Weisung 21 des Oberkommandos der Wehrmacht vom 18. Dezember 1940, mit der das Unternehmen „Fall Barbarossa“ befohlen wurde. Bei der Kennzeichnung der einzelnen Etappen zu dieser - wie er hervorhob - Grundsatzentscheidung im Zweiten Weltkrieg und folgenschweren militärstrategischen Fehlkalkulation ging er vor allem auf Hitlers Buch „Mein Kampf“ und Hitlers Rede als Reichskanzler vor den Spitzen der Reichswehrführung und des Auswärtigen Amtes am 3. Februar 1933. Gerade diese wichtige Zusammenkunft werde in der Publizistik kaum beachtet.

Horst Schützler (Berlin) widmete sich dem brisanten Thema „Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag 1939 -Wirkung und Wertung im heutigen Russland“. Zu Zeiten der Sowjetunion habe es eine weitgehend einhellige Darstellung und verbindliche Bewertung dieses Nichtangriffsvertrages gegeben, sein Geheimes Zusatzabkommen wurde verschwiegen, auch als Fälschung abgelehnt. Entsprechend Stalins vorgegebener Konzeption wurde der Große Vaterländische Krieg als großer vaterländischer Volks- und Befreiungskrieg unter seiner und der Kommunistischen Partei klugen Führung, in den das Sowjetvolk durch den wortbrüchigen und überraschenden Überfall Hitlerdeutschlands gezwungen wurde, eingeschätzt. Im Verlauf langjähriger Auseinandersetzungen haben sich in der russischen Historiografie zwei Grundströmungen zur Bewertung des Großen Vaterländischen Krieges und seines Vorabends, zum Nichtangriffspakt und seinen Folgen herausgebildet. Diese standen in Widerstreit zueinander und strahlten in die Öffentlichkeit aus. Die Vertreter einer auf der sowjetischen Historiografie basierenden traditionellen, national-patriotischen Richtung verteidigten die Position der Sowjetregierung, notgedrungen, aus Gründen der Sicherheit des Landes den Pakt und das Zusatzabkommen schließen zu müssen. Außerdem habe sich eine „liberale“, in „Kritik“ und „Revision“ zur sowjetischen Geschichtsschreibung stehende Richtung, die sich auf der „westlichen“, zunehmend antirussischen und antikommunistischen Historiografie aufbaut, etabliert. Für sie war der Nichtangriffspakt kein erzwungener Akt, das Geheimprotokoll eine besonders eklatante Verletzung des Völkerrechts, ein Komplott zweier totalitärer Systeme gegen fünf unabhängige und souveräne Staaten gewesen. Die National-Patrioten wiesen die Anschuldigungen strikt zurück, dass die SU mit dem Nichtangriffspakt mitschuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde und Stalin Hitler die gewünschte Rückendeckung für den Überfall auf Polen gegeben habe und so zum Mittäter für die Zerstörung des polnischen Staates geworden sei. Dieser Überfall habe bereits im April 1939 eindeutig festgestanden.

Den politisch gewollten Verfälschungen der Geschichte, die auf die Diskriminierung Russlands hinausliefen, sei entschlossen und wirksam entgegenzutreten.

Boris Khavkin (Moskau) setzte sich in seinen Ausführungen vehement für eine gründliche Aufarbeitung der Vorgeschichte und der Anfangsphase des deutsch-sowjetischen Krieges ein, um gründliche Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Es gelte, die vollständige Wahrheit darüber zu enthüllen, weshalb die Rote Armee in der Anfangsphase des Krieges so große Verluste erlitten und sich an dem Rand einer Niederlage befunden habe. K. schilderte die

Kontroversen zur Bewertung dieser historischen Ereignisse in der sowjetischen und gegenwärtigen russischen Historiografie, auch zu der aufgeworfenen Frage, ob die sowjetische militärische Führung einen Präventivangriff gegen die an der sowjetischen Grenze stehenden deutschen Armeeverbände vorbereitet habe. Es sei eindeutig belegt, dass alle internen Überlegungen der sowjetischen Generäle über das Führen des künftigen Krieges darauf gerichtet waren, den Eintritt in den Krieg so lange wie möglich hinauszuzögern. Hinzu komme, dass ja bereits mit der Bestätigung des Planes „Barbarossa“ am 18. Dezember 1940 der Überfall auf die Sowjetunion beschlossen worden war.

Werner Fischer (Berlin) referierte über die Rolle und die Tätigkeit der sowjetischen und deutschen Geheimdienste in der Vorbereitungszeit des deutschen Überfalls. Den sowjetischen Nachrichtendienste, die nach den schweren Verlusten infolge der Repressionsmaßnahmen von 1936 bis 1939 wieder auf dem Wege waren, sich zu konsolidieren, sei es vor allem um Informationen darum gegangen, wo, wann und wie der deutsche Angriff erfolge. Sie stützten sich hauptsächlich auf persönliche Quellen. Als Beispiele führte der Redner Harro Schulze-Boysen im Luftwaffen- und Arvid Harnack im Wirtschaftsministerium, Rudolf von Scheliha und Ilse Stöbe im Auswärtigen Amt sowie Richard Sorge in Tokio und die Cambridge Five in Großbritannien an. Die deutschen Nachrichtendienste hätten sich dagegen vor allem auf die Funk- und später auf die Luftaufklärung gestützt. Während sie die Stärke der Roten Armee unterschätzt haben, sei bei den sowjetischen Nachrichtendiensten eine Überschätzung der Stärke der deutschen Wehrmacht festzustellen.

In seinem Schlußwort konstatierte *Werner Weißbecker* gehaltvolle, anregende, sehr informative und problemreiche Debatten. In der lebhaften Diskussion habe es eine Reihe kritischer Fragen als auch kontroverse Positionsbekundungen zu mach einem historischen Detail, aber auch zu fragwürdigen Deutungen und irrigen Legenden - wie zum Beispiel zu der von einem deutschen Überfall als notwendige Präventivmaßnahme - gegeben. Alle Beiträge und die Diskussion hätten klar zum Ausdruck gebracht, dass der faschistische Spuk vor sieben Jahrzehnten zwar sein verdientes Ende fand, jedoch sich gegenwärtig neue Gefahren zeigten, sei es in den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen von sich selbst demokratisch bezeichnenden Großmächten, sei es in einer neuen russenfeindlichen Politik, Ideologie und demagogischen Propaganda. Grund genug, in einem wissenschaftlichen Kolloquium intensiv die Ursachen und Folgen des faschistischen Überfalls auf die UdSSR erörtert zu haben und sich auch weiterhin mit diesen Problemkreisen zu befassen.

Eine gekürzte Fassung des Konferenzberichts erschien in der Fachzeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“ (2016/III, S. 150 –152).